



Afi-Studie: Italien gibt viel für Renten und (zu) wenig für Familien aus

STUDIE: Ungleiche Verteilung der Sozialmittel im Stiefelstaat

BOZEN. Europäische Wohlfahrtssysteme stehen unter Druck. Wirtschaftliche Unsicherheiten, soziale Ungleichheiten und demografische Herausforderungen werfen die Frage auf: Wird das Geld noch sinnvoll eingesetzt? Antworten darauf sucht das Arbeitsförderungsinstitut (Afi) mit der Studie „Wohlfahrts-Modelle und Sozialausgaben in Europa“.

Durchschnittlich verwenden die EU-Länder 29,9 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für Sozialschutz, doch Prioritäten und Strategien variieren erheblich. Italien liegt mit 31,8 Prozent sogar noch darüber. Doch fließe fast die Hälfte dieser Mittel (47,4 Prozent) in Renten – der zweithöchste Wert in der EU. Nur 1,2 Prozent des BIP würden hingegen für Familien- und Kinderleistungen bereitgestellt, womit Italien im europäischen Vergleich den vorletzten Platz belegt. Dies steht im starken Kontrast zur alternden Bevölkerung und sinkenden Geburtenraten.

Die Studie zeige also, dass hohe Ausgaben allein keinen starken Sozialstaat garantieren. Entscheidend ist, wie die Mittel verteilt werden und ob sie auf die Herausforderungen moderner Gesellschaften abzielen. In Italien sei eine Reform unausweichlich, um soziale Sicherheit auch in Zukunft zu gewährleisten.

Die AFI-Studie liefert nicht zuletzt Inspiration durch erfolgreiche Projekte aus anderen euro-



Italien stellt nur 1,2 Prozent des BIP für Familienleistungen zur Verfügung. shutterstock

päischen Ländern. So zeigt die Schweiz innovative Ansätze im Wohnbau, während Schweden mit gleichberechtigter Elternzeit Vorreiter in der Familienpolitik ist. Diese Beispiele bieten Anregungen, wie Südtirol und andere Regionen ihre Sozialpolitik stärken können.

Rosmarie Pamer, Landesrätin für sozialen Zusammenhalt, sieht

den Wohlfahrtsstaat als Kern einer inklusiven Gesellschaft. Sie hebt hervor, dass ein nachhaltiger Sozialstaat auf einem Dialog mit den Bürgern und einer engen Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren basiert. „Wir arbeiten daran, soziale Dienste zu stärken und eine gerechte Gesellschaft zu fördern“, so Pamer.

© Alle Rechte vorbehalten